Deutscher Bundestag
13. Wahlperiode

Drucksache 13/6059

08. 11. 96

Beschlußempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau
(18. Ausschuß)

1. zu dem Antrag der Abgeordneten Dr.-Ing. Dietmar Kansy, Peter Götz, Werner Dörflinger, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der CDU/CSU sowie der Abgeordneten Hildebrecht Braun (Augsburg), Dr. Klaus Röhl, Horst Friedrich und der Fraktion der F.D.P.
   – Drucksache 13/4951 –

   Umsetzung der HABITAT II-Empfehlungen

2. zu dem Antrag der Abgeordneten Volkmar Schultz (Köln), Ingrid Becker-Inglau, Adelheid Tröscher, weiterer Abgeordneter und der Fraktion der SPD
   – Drucksache 13/4966 –

   Siedlungspolitik mit der Agenda von HABITAT II in Einklang bringen

3. zu dem Antrag der Abgeordneten Franziska Eichstädt-Bohlig, Dr. Angelika Köster-Loßack, Amke Dietert-Scheuer, weiterer Abgeordneter und der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
   – Drucksache 13/4919 –

   Einlösung der Versprechen von Rio auf der VN-Konferenz HABITAT II in Istanbul

4. zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung
   – Drucksache 13/3679 –

   Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik
   Nationalbericht Deutschland (Habitat II)

5. zum Entschließungsantrag des Abgeordneten Klaus-Jürgen Warnick und der Gruppe der PDS – Drucksache 13/4370 –

zu der Unterrichtung durch die Bundesregierung – Drucksache 13/3679 –

Siedlungsentwicklung und Siedlungspolitik Nationalbericht Deutschland (Habitat II)

A. Problem

Vom 3. bis 14. Juni 1996 fand in Istanbul die Zweite Konferenz der Vereinten Nationen über menschliche Siedlungen (HABITAT II) statt. Im Mittelpunkt standen die Themen „Angemessene Unterkunft für Alle" und „Nachhaltige Siedlungen in einer zur Verstädterung strebenden Welt".

Der Antrag der Koalitionsfraktionen befaßt sich mit den Ergebnissen der VN-Weltkonferenz von Istanbul und tritt u. a. für eine Umsetzung der „Habitat Agenda" ein.

Der Antrag der Fraktion der SPD enthält darüber hinaus u. a. die Forderung nach einem umfassenden Konzept zur Stadtökologie und nach einer entsprechenden Ergänzung der Entwicklungspolitik.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN stellt umfassende Forderungen auf, die von der Umsetzung des nationalen Aktionsplans bis zur Verstärkung der Entwicklungszusammenarbeit reichen.

Zur Vorbereitung dieser VN-Weltkonferenz hat die Bundesregierung den Nationalbericht Deutschland (Habitat II) vorgelegt, der vermitteln soll, wie in Deutschland Siedlungspolitik verstanden und betrieben wird, um die Lebens- und Umweltbedingungen der Menschen dauerhaft zu verbessern.

Zu diesem Nationalbericht hat die Gruppe der PDS einen Entschließungsantrag vorgelegt, in dem u. a. ein Gesamtkonzept zur Bekämpfung und Beseitigung von Wohnungsnot und Obdachlosigkeit, ein langfristig angelegtes nationales Wohnungsbauprogramm und die umfassende Demokratisierung des Wohnungswesens sowie des Mietrechts gefordert wird.

B. Lösung

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau empfiehlt mit Mehrheit, den Antrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 13/4951 anzunehmen und die übrigen Anträge abzulehnen.

Mehrheitsentscheidung im Ausschuß

C. Alternativen

Die Fraktionen der SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Gruppe der PDS bestehen jeweils auf der Annahme ihrer Anträge.

D. Kosten

Keine

Beschlußempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

1. den Antrag in Drucksache 13/4951 anzunehmen,
2. den Antrag in Drucksache 13/4966 abzulehnen,
3. den Antrag in Drucksache 13/4919 abzulehnen,
4. den Entschließungsantrag in Drucksache 13/4370 abzulehnen.

Bonn, den 8. November 1996

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau

Werner Dörflinger	**Volkmar Schultz (Köln)**	**Peter Götz**
Vorsitzender	Berichterstatter	Berichterstatter

Bericht der Abgeordneten Volkmar Schultz (Köln) und Peter Götz

I.

Der Deutsche Bundestag hat in seiner 98. Sitzung am 18. April 1996 die Unterrichtung in Drucksache 13/3679 und den Entschließungsantrag in Drucksache 13/4370 an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Mitberatung überwiesen.

In seiner 114. Sitzung am 21. Juni 1996 hat der Deutsche Bundestag die Anträge in den Drucksachen 13/4919, 13/4951 und 13/4966 an den Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau zur federführenden Beratung und an den Ausschuß für Wirtschaft, an den Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie an den Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung – den Antrag in Drucksache 13/4919 darüber hinaus noch an den Ausschuß für Verkehr – zur Mitberatung überwiesen.

Der Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit und der Ausschuß für Wirtschaft haben mehrheitlich – der Ausschuß für Wirtschaft bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS – empfohlen, den Antrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 13/4951 anzunehmen.

Dieselben Ausschüsse haben mehrheitlich empfohlen, den Antrag der Fraktion der SPD in Drucksache 13/4966 abzulehnen.

Der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wurde im Ausschuß für Verkehr, im Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, im Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit sowie im Ausschuß für Wirtschaft – hier auch mit den Stimmen der Fraktion der SPD – mehrheitlich abgelehnt.

Der Nationalbericht in Drucksache 13/3679 wurde vom Ausschuß für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung zur Kenntnis genommen. Der Ausschuß für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit hat dazu einvernehmlich Kenntnisnahme empfohlen. Beide Ausschüsse haben auch den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS in Drucksache 13/4370 mehrheitlich abgelehnt.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat den Nationalbericht in Drucksache 13/3679 und den Entschließungsantrag in Drucksache 13/4370 in seiner 35. Sitzung am 22. Mai 1996 beraten. Vom 30. Mai bis 7. Juni 1996 hat eine Delegation des Deutschen Bundestages, bestehend aus den Mitgliedern der ressortübergreifenden Arbeitsgruppe des Ausschusses für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau und des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung „HABITAT", an der Konferenz der Global Parliamentarians on HABITAT und an der Weltsiedlungskonferenz HABITAT II in Istanbul teilgenommen.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau hat die Vorlagen in seiner 42. Sitzung am 6. November 1996 abschließend beraten. Er empfiehlt mit Mehrheit bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Gruppe der PDS, den Antrag der Koalitionsfraktionen anzunehmen. Mit Mehrheit nur bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN wird die Ablehnung des Antrags der Fraktion der SPD in Drucksache 13/4966 empfohlen. Der Ausschuß empfiehlt mit Mehrheit bei Stimmenthaltung der Fraktion der SPD, den Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN abzulehnen. Den Nationalbericht in Drucksache 13/3679 hat der Ausschuß zur Kenntnis genommen und den Entschließungsantrag der Gruppe der PDS mit den Stimmen der Koalitionsfraktionen und einer Mehrheit der Fraktion der SPD gegen die Stimme der Gruppe der PDS bei Stimmenthaltung der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und einer Minderheit der Fraktion der SPD abgelehnt.

II.

Der Ausschuß für Raumordnung, Bauwesen und Städtebau ist sich darin einig, daß mit den auf der VN-Konferenz HABITAT II in Istanbul behandelten Themen „Angemessene Unterkunft für Alle" und „Nachhaltige Siedlungen in einer zur Verstädterung strebenden Welt" Fragen von allergrößter Bedeutung angesprochen sind. Der Ausschuß begrüßt das starke Engagement der Bundesregierung bei der Vorbereitung und Durchführung dieser Konferenz, das auch in der Erarbeitung des Nationalberichts zum Ausdruck kommt. Die darin enthaltenen Aussagen werden vom Ausschuß als sachdienlich bewertet. Einigkeit besteht auch darin, daß die Arbeit des Nationalkomitees Habitat II einen wichtigen Beitrag zur Vorbereitung der Konferenz und zur Aufarbeitung der Problematik darstellt.

Der Ausschuß konnte sich jedoch nicht auf einen gemeinsamen Antrag einigen. Die verschiedenen Meinungen darüber, welche Konsequenzen für die konkrete Politik zu ziehen sind, konnten in den Ausschußberatungen nicht überbrückt werden.

Der Ausschuß empfiehlt mit Mehrheit den Antrag der Koalitionsfraktionen in Drucksache 13/4951 zur Annahme. Die Ausschußmehrheit bewertet die Konferenz von Istanbul als einen Erfolg. Allein die Tatsache, daß sich alle beteiligten Länder anläßlich der Konferenz mit diesen wichtigen Fragen intensiv auseinandergesetzt haben, hat das Problembewußtsein geschärft. Auch der Deutsche Bundestag wird, z. B.

bei der BauROG-Novelle, auf eine stärkere Durchmischung von Arbeiten und Wohnen im Interesse des Klimaschutzes und der Verkehrsentlastung achten müssen. Die Städtebauförderung muß einen Beitrag leisten für die Neuordnung innerstädtischer Quartiere und die Wiedernutzbarmachung innerstädtischer Brachflächen. Um das Ziel der nachhaltigen Siedlungs- und Stadtentwicklung zu erreichen, müssen die unterschiedlichen Ebenen zusammenarbeiten. Die Ausschußmehrheit begrüßt es deshalb, daß die Kommunen bei der Konferenz beteiligt waren. Sie sieht auch einen Handlungsbedarf auf europäischer Ebene. Vor allem die Westeuropäer und die Deutschen haben eine gewisse Vorbildfunktion.

Die Fraktion der SPD hat im Ausschuß gegen den Antrag der Koalitionsfraktionen gestimmt. Sie besteht auf der Annahme ihres eigenen Antrags in Drucksache 13/4966. Der Koalitionsantrag könne nicht mitgetragen werden, weil er ein unverbindliches Loblied auf die Bundesregierung sei. Diese lasse es an der notwendigen Handlungsbereitschaft im konkreten Fall fehlen. Dies gelte für die Fragen des Flächenverbrauchs, der Innenstadtentwicklung, der sozialen Entmischung und der unbewältigten Verkehrsprobleme. Die Fraktion der SPD sieht die große Schwierigkeit, diese wichtigen Fragen zwischen den Industrie- und den Entwicklungsländern gemeinsam diskutieren zu können.

Auch die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat dem Antrag der Koalitionsfraktionen ihre Zustimmung versagt und beharrt auf ihren eigenen Antrag in Drucksache 13/4919. Sie kritisiert vor allem, daß sich die Bundesrepublik Deutschland bei der Konferenz von Istanbul wie eine klassische Industrienation verhalten habe, die den Südländern Nachhaltigkeit predige und im eigenen Land im Ernstfall diese der Erhaltung der Privilegien und der Erreichung der Wachstumsziele opfere. Die Bundesregierung tue zu wenig, um das CO_2-Ziel einzuhalten, und weiche der Debatte über die Öko-Steuer aus. Sie müsse demgegenüber den Nationalen Aktionsplan ernstnehmen und Maßnahmen gegen die Zersiedelung und zur Bekämpfung von Armut und Wohnungslosigkeit einleiten.

Die Gruppe der PDS besteht auf ihrem Antrag, der sich bewußt auf die deutschen Verhältnisse beschränke, da schon viel geholfen wäre, wenn man wenigstens hier das einhalte, was man in Istanbul versprochen habe.

Bonn, den 8. November 1996

Volkmar Schultz (Köln)	**Peter Götz**
Berichterstatter	Berichterstatter

Druck: Bonner Universitäts-Buchdruckerei, 53113 Bonn
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Postfach 13 20, 53003 Bonn, Telefon: 02 28/3 82 08 40, Telefax: 02 28/3 82 08 44
ISSN 0722-8333